

Tunesien kann den demokratischen Wandel schaffen, aber ein Erfolg ist noch keineswegs gesichert¹

RALF MELZER

Kann man optimistisch sein bezüglich der Zukunft Tunesiens? Ja, man kann.

Der Countdown für die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober 2011 läuft, und die Weichen für einen nachhaltigen demokratischen Wandel sind gestellt: Ein neues Wahlrecht wurde beschlossen, eine unabhängige Wahlkommission unter Leitung des Menschenrechtsaktivisten Kamel Jendoubi bereitet den Urnengang vor, und bis zum 7. September mussten die Listen der Kandidaten – streng paritätisch besetzt nach Männern und Frauen – eingereicht sein. Offizieller Wahlkampfauftakt ist der 1. Oktober. Bis das Land über eine erste demokratisch legitimierte Volksvertretung verfügen wird, bleibt die »Haute Instance pour la réalisation des objectifs de la révolution, la réforme politique et la transition démocratique« das politisch wichtigste Gremium. Entstanden als erweiterter Kreis der Expertenkommission für politische Reformen, die parallel mit der Übergangsregierung eingesetzt worden ist, bildet sie eine beratende Instanz bestehend aus Vertretern von Parteien, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft sowie unabhängigen Persönlichkeiten. Eine Art Vorparlament also – zwar nicht gewählt, aber doch einigermaßen repräsentativ: Kein Gesetz, über das hier nicht diskutiert und abgestimmt wird, bevor es vom Übergangspräsidenten per Dekret erlassen wird. Zusammen mit der Übergangsregierung und dem Übergangspräsidenten bildet die Haute Instance ein relativ stabiles legislativ-exekutives Dreieck. Es füllt das postrevolutionäre Machtvakuum aus, nachdem sich das Parlament in einer turbulenten Nachtsitzung am 7. Februar selbst entmachtet und den Übergangspräsidenten ermächtigt hat, per Verordnung (»décret-loi«) zu regieren. Geleitet von Yadh Ben Achour, einem der führenden Intellektuellen des Landes, hat die Haute Instance nicht nur das neue demokratische Wahlrecht aus-

1. Stand bei Redaktionsschluss am 22.9.2011.

gearbeitet, sondern auch in Gestalt des »Pacte républicain« bereits die Grundlage für den Entwurf einer neuen Verfassung verabschiedet. Seine Eckpunkte: Gewaltenteilung, Geschlechtergleichstellung, Trennung von Staat und Religion, individuelles Recht auf freie Religionsausübung.

Auch außerhalb der Haute Instance zeigt sich begleitet von viel zivilgesellschaftlichem Engagement der politische Aufbruch. Eine neue Streit- und Diskussionskultur hat Einzug gehalten auf den Straßen und Plätzen, in den Medien, in den Familien und in der Politik. Die Zahl der Parteien liegt inzwischen bei 114. Vor allem aber: Die Angst ist weg, von der in Zeiten des Ancien Régime das öffentliche Leben gleichermaßen bestimmt und eingeschränkt wurde. Mit beispielloser Dynamik hatten sich ab Mitte Dezember 2010 die politisch-sozialen Proteste in Tunesien zu einer landesweiten Massenbewegung ausgeweitet, die in weniger als einem Monat den seit 1987 regierenden Präsidenten Zine el Abidine Ben Ali aus dem Land jagte. Eine neue Form von Aufstand – mobilisiert über das Internet und durch keine Partei oder Organisation gelenkt – brachte ein Regime zum Einsturz, das über alle Machtmittel verfügte und als eines der stabilsten der Region gegolten hatte. In tagelangen Gefechten musste nach Ben Alis Flucht am 14. Januar seine Präsidialgarde von der regulären Armee niedergekämpft werden. Seitdem hat das Land turbulente Monate durchlebt: Es folgten weitere Demonstrationen, Streiks, Sit-ins und wiederholte Umbildungen der Übergangsregierung. Im Ruf »Dégage« (»Hau ab«) kulminierten die Proteste der Menschen auch nach Ben Alis Sturz, bis der Übergangsregierung keine alten RCD-Minister mehr angehörten, bis Mohamed Ghannouchi als Übergangspremier zurückgetreten war und bis die vor Kurzem noch allmächtige Regierungspartei RCD aufgelöst war. Zeitweise kippte der revolutionäre Elan jedoch in Chaos, Betriebsbesetzungen und gewalttätige Übergriffe. Die Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT) mobilisierte mit Streikaufrufen, um nicht von der revolutionären Bewegung entkoppelt zu werden, wobei ihr zumindest zeitweise die Kontrolle über die Basis entglitten war. Wochenlang setzte sie die Übergangsregierung durch ihre Beteiligung an dem »Comité pour la protection de la révolution« politisch unter Druck, machte dabei aber eher den Eindruck, selbst von den Verhältnissen getrieben zu sein. Ab Mitte März dann beruhigte sich die Lage nach und nach, nicht zuletzt dank der Haute Instance, die sich zu diesem Zeitpunkt konstituierte, und weil der neue Übergangspremierminister Béji Caid Essebsi erstaunlich schnell Tritt fassen konnte.

Doppelte Ungeduld: politisch und sozial

Die politische Entwicklung seit dem 14. Januar gleicht einem Zug, der den Bahnhof auf einer steil nach oben verlaufenden Strecke bei starkem Gegenwind verlassen hat, der die ersten Weichen passiert hat, ohne zu entgleisen, der aber noch lange nicht über den Berg ist. Die Euphorie der ersten Wochen nach der erfolgreichen Revolution hat sich gelegt. Sorgen mit Blick auf die eigene Zukunft wie die des Landes mischen sich inzwischen bei vielen Menschen mit dem anhaltenden Stolz darauf, dass es das kleine Tunesien war, das als erstes arabisches Land einen autokratisch regierenden Herrscher durch die eigene Bevölkerung gestürzt hat und dessen revolutionärer Funke auf die ganze Region übersprungen ist. Ungeduldig, besorgt und trotzdem irgendwie optimistisch: So lässt sich am ehesten das gegenwärtige Stimmungsbild in Tunesien beschreiben. Ungeduldig in doppelter Hinsicht: politisch wie sozial.

Politisch dauert es vielen Tunesiern zu lange, bis sie endlich an der Wahlurne selbst über ihre politische Zukunft bestimmen können. Sie misstrauen tendenziell der Übergangsregierung auch in ihrer jetzigen Zusammensetzung, und sie befürchten politische und ökonomische Destabilisierung durch die andauernde Interimsphase. Die eigentlich bereits für den 24. Juli 2011 angesetzte Wahl musste aus technischen und logistischen Gründen (Erstellung der Wählerlisten, Registrierung der Wahlberechtigten, Kandidatenaufstellung, Klärung des Auszählungsverfahrens) verschoben werden. Von den rund 7,5 Millionen Wahlberechtigten (davon rund 750.000 Auslandstunesier) hat sich gut die Hälfte bis Fristende Mitte August in den Wählerlisten eintragen lassen. Bei der breit angelegten offiziellen Kampagne und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Mobilisierung der Bürger ist das eher wenig. Schleppend waren die Einschreibungen sogar in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen. Dabei ist es vor allem die »Generation Facebook« – also diese Altersgruppe – gewesen, die die Umsturzbewegung getragen hatte. Allerdings wird die Quote dadurch relativiert, dass viele Tunesier nicht nur für sich selbst, sondern auch für Angehörige überprüft haben, ob sie korrekt in den Wählerlisten erscheinen. Denn die mit großem Aufwand betriebene Registrierung diente in erster Linie der Aktualisierung der existierenden, aber häufig fehlerhaften alten Wählerlisten. Zwingend war sie nicht. Auch wer sich nicht hat eintragen lassen, kann an der Wahl teilnehmen, jedoch nur in dem Wahlkreis, in dem er gemeldet ist, und sofern sich sein Name dort auf der Liste findet. Viel hängt nun davon

ab, ob die Abstimmung am 23. Oktober transparent und ohne größere Zwischenfälle vorstattgehen wird. Zusätzlich zu unabhängigen tunesischen Wahlbeobachtern wird auch die EU eine 150-köpfige Wahlbeobachtermission entsenden. Das Mandat der »Constituante« erstreckt sich über ein Jahr. Die ersten regulären Parlamentswahlen werden demnach spätestens im Oktober 2012 stattfinden. Bis dahin muss die neue Verfassung verabschiedet sein, die auch Klarheit darüber bringen wird, ob der tunesische Präsident zukünftig direkt vom Volk gewählt wird oder nicht. Mit anderen Worten: Der politische Prozess hat gerade erst begonnen.

Noch größer als die politische ist derweil die soziale Ungeduld: Zum Teil haben die Beschäftigten auf Betriebsebene Verbesserungen bei Bezahlung und Vertragsbedingungen erreichen können. Die regulären Tarifverhandlungen mit Regierung und Arbeitgebern (»négociations collectives«) sind aber auf 2012 verschoben. Die UGTT steht vor der Herausforderung, die von der Revolution angeheizten sozialpolitischen Forderungen in einen geregelten Sozialdialog zu überführen. Derzeit ist sie allerdings hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Im Dezember steht ein Gewerkschaftskongress mit Vorstandsneuwahlen an. Die Mehrzahl der alten Führungsriege, die wegen ihrer Nähe zum alten Regime auch intern unter Druck steht, wird dann ihren Abschied nehmen.

Die sozialen Probleme sind drängend, aber dass es schnell zu Verbesserungen kommen wird, ist unwahrscheinlich. Die Konjunkturentwicklung 2011 schafft für den Arbeitsmarkt keine positiven Impulse. Eher im Gegenteil. Und trotz partiell steigender Löhne stagnieren die Realeinkommen, da die Preise in gleichem Maße anziehen. Die Teuerungsrate in den ersten sechs Monaten 2011 lag im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei 3,1 Prozent. Die Arbeitslosigkeit dürfte sich real bei mindestens 25 Prozent bewegen, unter jungen Akademikern wird sie auf über 30 Prozent geschätzt. 300 000 neue Arbeitsplätze sollten bis 2012 geschaffen werden, hieß es noch vor der Revolution. Wie das zu bewerkstelligen sein würde, war schon damals unklar. Dass die Lebensverhältnisse vieler Menschen nach dem politischen Umbruch zunächst eher schlechter als besser werden würden, ist zwar absehbar gewesen. Es ist aber etwas anderes, wenn es dann tatsächlich so kommt. Wie stark wird der Rückhalt für den Prozess der gesellschaftlichen Erneuerung bleiben, wenn die erwartete »Revolutionsdividende« noch länger auf sich warten lassen wird?

Parteien und Kandidaten sind in der Bevölkerung bisher kaum bekannt

Obwohl sich das soziale Klima insgesamt beruhigt hat, verging im Sommer kaum eine Woche ohne Streiks: Zuletzt waren es die Lokführer und Busfahrer. Besorgt sind viele Tunesier zudem angesichts von Überfällen auf Cafés, gewalttätigen Familienfehden und Randalen durch dafür bezahlte Jugendliche: Störmanöver und Provokationen, die ganz offensichtlich den Demokratisierungsprozess destabilisieren sollen. Wer dahintersteckt, lässt sich im Einzelnen kaum beweisen. Wahrscheinlich einflussreiche Kreise, die dem alten Regime nahestanden, radikale EX-RODISTEN, aber auch islamistische Gruppen. Ein weiteres Problem ist, dass die meisten Parteien und Kandidaten in der Bevölkerung bislang kaum bekannt sind. Viel wird sich daran auch in dem kurzen Wahlkampf nicht ändern, geschweige denn, dass breite Teile der Bevölkerung bis zum Wahltag zwischen der oftmals unscharfen Programmatik der Parteien werden unterscheiden können.

Der Erfolg des politischen Erneuerungsprozesses ist noch keineswegs gesichert, Anstrengungen sind also geboten. Zweifellos braucht Tunesien Hilfe auf seinem neuen Weg. Internationale Unterstützung und Beratung ist gefragt. Die EU hat eine neue Partnerschaft für Demokratie und Wohlstand mit den südlichen Mittelmeeranrainern in Aussicht gestellt und angekündigt, dass die 160 Millionen Euro Finanzhilfen für Tunesien im Zeitraum 2012–2013 verdoppelt und bereits in diesem Jahr zusätzlich davon 17 Millionen Euro vorgezogen zur Verfügung stehen werden. Aber es ist weit mehr nötig: Die Verhandlungen mit dem »neuen Tunesien« über ein Statut Avancé im Verhältnis zur EU müssen zügig abgeschlossen und Handelshemmnisse insbesondere im Agrarsektor abgebaut werden. Und: Keine »Frontex«-Mission im Mittelmeer ersetzt eine geregelte legale Migration!

Die Bundesregierung will Tunesien auf vier Schienen in der Übergangsphase begleiten: In den Bereichen Demokratie und Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Berufsausbildung, Kultur- und Wissenschaftskooperation sowie in Form humanitärer Hilfen für die Flüchtlinge an der libyschen Grenze. Bereits Ende Februar hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen Sonderfonds für struktur- und ordnungspolitische Beratung eingerichtet, durch den 3,25 Millionen Euro für zusätzliche Maßnahmen der politischen Stiftungen und kirchlichen Hilfswerke in Nordafrika bereitgestellt

werden. Wichtig vor allem ist, dass die Unterstützung mittel- und langfristig angelegt ist. Sie darf die Absorptionskapazität der tunesischen Partner nicht überfordern, sondern muss Wirtschaft, Zivilgesellschaft und politischen Strukturen die notwendige Zeit geben, sich zu entwickeln, zumal die Risiken vielfältig sind.

Da ist zuallererst die ökonomische Entwicklung: Tunesien kann froh sein, wenn am Ende des Jahres beim Wachstum eine eins vor dem Komma steht (gegenüber 3,7 Prozent 2010). Die Verluste durch revolutions- und streikbedingte Produktionsausfälle waren beträchtlich. Am 17. Januar bezifferte der Innenminister sie schon auf 1,5 Milliarden Euro. Die Auslandsverschuldung des Landes wird auf ca. 50 Billionen US-Dollar geschätzt. Erheblich sind die Einbrüche vor allem im Tourismus und bei den Auslandsinvestitionen. Zwar macht der Fremdenverkehr »nur« 7 Prozent des Bruttoinlandproduktes aus, trotzdem hängen von ihm mindestens 300 000 Arbeitsplätze ab. In den ersten fünf Monaten des Jahres gingen die Touristenzahlen um 42,9 Prozent zurück. Die Auslandsinvestitionen verzeichneten im Zeitraum Januar bis August 2011 ein Minus von 24,8 Prozent. Dagegen haben sich die Exporte wieder deutlich erholt. Nach einem Rückgang von 26 Prozent im ersten Quartal 2011 lagen die Zahlen nach fünf Monaten über den Vergleichswerten des Vorjahres. Das lässt hoffen, reicht jedoch für eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht aus. Dabei bleibt die vielleicht wichtigste sozioökonomische Aufgabe, den vernachlässigten Regionen im Landesinnern Perspektiven zu geben, und das heißt vor allem, Beschäftigung zu schaffen. Gelingt es nicht zu verhindern, dass die Menschen in diesen Landesteilen von dem gesellschaftlichen Prozess abgehängt werden, ist dessen Erfolg ernsthaft gefährdet.

Die Themen der Islamisten bestimmen weitgehend die politischen Debatten

Zweitens die Frage des Islamismus: Der verbale Diskurs der politischen Führung von Ennahdha ist seit der Rückkehr von Parteichef Rachid Ghannouchi Ende Januar aus dem Londoner Exil ausgesprochen moderat. Aber spiegelt das wirklich die Überzeugung der größten islamistischen Partei in Tunesien wider oder handelt es sich in erster Linie um politische Taktik? Wird sich Ennahdha tatsächlich als eine unter mehreren politischen Kräften in ein pluralistisches Parteienspektrum

einreihen? Viele säkulare (und sogar manche religiöse) Tunesier hegen dahingehend erhebliche Zweifel. Sie fürchten, dass der tunesische Acquis doch schichtenweise ausgehöhlt werden wird und dass das tunesische Personenstandsrecht keineswegs dauerhaft unangetastet bleiben wird. Hinzu kommt, dass die islamistische Szene auch in Tunesien heterogen ist und es durchaus noch radikalere Gruppierungen als Ennahdha gibt. Schon jetzt ist zu beobachten, dass Islamisten versuchen, ihre Vorstellung von Gesellschaft, Religion und Moral allen anderen aufzuzwingen. Ende Juni wurde das Kino »Africart« im Zentrum der Hauptstadt von Islamisten gestürmt und demoliert, weil dort der islamkritische Film »Ni Allah, ni maître« lief, eine bekannte junge Bloggerin sieht sich aufgrund ihrer islamkritischen Äußerungen Morddrohungen ausgesetzt, und vermehrt werden westlich gekleidete Frauen auf der Straße angepöbeln, sie sollten »sich anziehen«.

Unabhängig von der möglichen *hidden agenda* von Ennahdha lässt sich eines schon jetzt sagen: Den Islamisten, die nicht das Geringste mit der »Revolution der Würde« zu tun hatten, ist es inzwischen gelungen, dass ihre Themen die politischen Debatten dominieren. Immerhin aber existiert in Tunesien eine aktive, selbstbewusste, emanzipatorische Zivilgesellschaft, die ihr Konzept einer modernen, demokratischen und gleichberechtigten Gesellschaft dem islamistischen Modell entgegensetzt. Obwohl kurzfristig nicht mit einem Durchmarsch der Islamisten zu rechnen ist, bleibt die Frage, welches Gesellschaftsmodell langfristig die Oberhand behalten wird, vorerst völlig offen. Zunächst muss abgewartet werden, wie das Kräfteverhältnis in der Verfassungsgebenden Versammlung tatsächlich aussehen wird. Nach einer Meinungsumfrage des Instituts Sigma Conseil im August lag Ennahdha mit 21,1 Prozent an der Spitze, gefolgt von zwei Mitte-Links-Parteien: der Parti Démocrate Progressiste (PDP) mit 10,4 Prozent und der sozialdemokratischen FDTL (Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés), kurz Forum (»Ettakatol«), unter Parteichef Mustapha Ben Jaâfar mit 8,8 Prozent. Die anderen Parteien lagen demnach allesamt nur zwischen einem und zwei Prozent. Die Vielzahl der Parteien – auch wenn die meisten nicht lange bestehen werden – birgt zwangsläufig die Gefahr der Fragmentierung, nicht zuletzt im säkularen Mitte-Links-Spektrum. Um dem entgegenzuwirken, hatten sich bis August zehn Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen aus diesem Lager dem Bündnis »Pôle Démocratique Moderniste« angeschlossen. Entscheidend wird sein, welche Koalitionen in der »Constituante« gebildet werden, wenn es um die Kernfragen zu-

künftiger Verfassungsprinzipien geht, zum Beispiel um das Verhältnis zwischen Staat und Religion.

Unsicherheitsfaktor Libyen

Drittens schließlich die Lage in Libyen: Auch in Post-Gaddafi-Zeiten muss sich Tunesien auf länger andauernde Instabilität in seinem Nachbarland einstellen, mit dem nicht nur enge Wirtschaftsbeziehungen, sondern insgesamt traditionell vielfältige Bindungen bestehen. Einstweilen blüht vor allem der Schwarzmarkt: Im Juli wurden in Tunesien Wasser und Milch knapp, weil sie in großem Umfang jenseits der Grenze mit Gewinn weiterverkauft werden konnten. In umgekehrter Richtung finden vermehrt Waffen ihren Weg aus Libyen über Tunesien nach Algerien. Es ist keineswegs sicher, dass es dem Nationalen Übergangsrat bzw. der Übergangsregierung nach einem Ende der Kämpfe in den letzten Gaddafi-Hochburgen gelingen wird, den Bürgerkrieg überall im Land dauerhaft zu beenden, die humanitäre Situation in den Griff zu bekommen sowie einen geordneten politischen Neuanfang zu organisieren. Vor allem für den Fall, dass es Gaddafi gelingen sollte, untergetaucht zu bleiben, besteht die Gefahr gewalttätiger Störmanöver durch Parteigänger des alten Regimes. Rund 680 000 Menschen verschiedener Nationalitäten haben zwischen Februar (dem Beginn der Kampfhandlungen) und Juli 2011 die libysch-tunesische Grenze passiert, davon fast 200 000 Angehörige von Drittstaaten und über 400 000 Libyer. Während fast alle Drittstaatler nach mehr oder weniger langem Aufenthalt in Tunesien in ihre Heimat evakuiert wurden, sind die meisten Libyer in Tunesien geblieben oder pendeln über die Grenze. Damit trägt Tunesien mit seinen gerade einmal 10,5 Millionen Einwohnern neben Ägypten die Hauptlast der Flüchtlingssituation in Folge des Krieges. Umso unangemessener mutet da der Alarmismus an, mit dem manche Politiker in Europa auf die vergleichsweise wenigen Flüchtlinge aus Tunesien und Libyen reagieren, die in den letzten Monaten nach lebensgefährlicher Überfahrt auf Lampedusa gelandet sind. Bewundernswert dagegen die Solidarität der tunesischen Bevölkerung: Viele libysche Flüchtlinge wurden improvisiert in leer stehenden Wohnungen oder in Familien aufgenommen. In manchen tunesischen Städten im Süden hat sich die Einwohnerzahl seither verdoppelt. Insbesondere für die so wichtige Erholung der Tourismusbranche stellt die Krise im Nachbarland ein Hindernis dar. Belastet

wird auch der ohnehin angespannte tunesische Arbeitsmarkt durch die 68 000 tunesischen Arbeitsmigranten, die auf einen Schlag in ihre Heimat zurückgekehrt sind – überwiegend ohne Hab und Gut und ohne ihre Ersparnisse. Ob und wann sie wieder (dauerhaft) in Libyen arbeiten können, ist derzeit noch völlig unklar.

Dennoch: Bei allen Risiken und Schwierigkeiten verfügt Tunesien vielleicht von allen arabischen Ländern über die besten Voraussetzungen für einen erfolgreichen demokratischen Wandel: eine weitgehend homogene Bevölkerung, die trotz Problemen im Bildungsbereich vergleichsweise gut ausgebildet und traditionell konsensorientiert ist. Eine engagierte intellektuelle Elite. Eine breite Mittelschicht, die in den letzten Jahren der Ben-Ali-Herrschaft zwar erodierte, das Land aber noch immer politisch-sozial stabilisiert. Eine weitgehend funktionierende Verwaltung sowie eine – zumindest in den meisten Landesteilen – gute Infrastruktur und nicht zuletzt eine Wirtschaft, deren Rahmendaten auf eine spürbare Erholung bereits in 2012 hoffen lassen.

Der 14. Januar, Tunesiens neuer Nationalfeiertag, steht längst schon nicht nur für die Befreiung vom korrupt-autoritären Ben-Ali-Regime, sondern insgesamt für den »arabischen Frühling«, an den sich die Hoffnungen von Millionen Menschen auf politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit knüpfen. Umgekehrt bedeutet das aber auch: Scheitert Tunesien in seinem eigenen Prozess der politischen Erneuerung, wäre das Signal für den Rest der arabischen Welt katastrophal.

Kann man also wirklich optimistisch sein bezüglich der Zukunft Tunesiens? Ja, man muss!